

Dietmar Schulze, Maria Fiebrandt

»Euthanasie« in Großschweidnitz

Regionalisierter Krankenmord
in Sachsen 1940 – 1945

Berichte des Arbeitskreises zur Erforschung der
nationalsozialistischen »Euthanasie« und Zwangssterilisation
Band 11

Psychiatrie Verlag

Köln 2016

Der öffentliche Umgang mit NS-Tätern. Das Beispiel des Mediziners Oscar Orth

Werner Brill

»3.11.1937: Operation [...] Um wegen dem kleinen Uterus das Peritoneum [Bauchfell; W. B.] ziemlich tief eröffnen zu können, wird die Blase etwas angehoben, hierbei jedoch am Fundus etwas verletzt. Die Verletzungsstelle wird sofort übernäht und ohne daß das Peritoneum eröffnet war, die Operation abgebrochen. Einlegen eines Dauerkatheters. Die Wundheilung und der postoperative Verlauf waren komplikationslos, so daß wir nach 21 Tagen glaubten, die Sterilisationsoperation ohne Befürchtungen durchführen zu können.

23.11.1937: [...] Eröffnen der Bauchhöhle dieses Mal durch unteren Medi- anschnitt, ohne das alte Operationsgebiet zu berühren. Totalentfernung beider Tuben [Eileiter; W.B.] und Ligatur [Abbindung der Blutgefäße; W. B.] und Ven- senkung der Stümpfe. Verlauf der Operation und Narkose ohne Schwierigkeiten.

24./25.11.1937: Temperaturanstieg auf 39,5° mit deutlichen Zeichen einer Peritonitis [Bauchfellentzündung; W. B.].

26.11.1937: Exitus. – Section ergab eitrige Peritonitis im unteren Bauchab- schnitt. Todesursache: Peritonitis.«¹

Dies sind Auszüge aus einer 29-seitigen medizinischen Dissertation des Saar- brücker Arztes Karl Strouvelle aus dem Jahr 1939. Sie trägt den Titel: »Erfah- rungen bei der Sterilisation weiblicher Erbkranker aufgrund von 630 Fällen des Landeskrankenhauses Homburg/Saar.«

Über die Patientin sind in der Arbeit nur minimale Informationen zu finden: Es handelte sich um ein 15-jähriges Mädchen, das mit der Diagnose »angebore- ner Schwachsinn« eingewiesen wurde; ansonsten wurden keine besonderen körperlichen Befunde vermerkt (außer: »besonders kleiner Uterus«).²

1 Karl STROUVELLE, Erfahrungen bei der Sterilisation weiblicher Erbkranker aufgrund von 630 Fäl- len des Landeskrankenhauses Homburg/Saar, Diss. med., Heidelberg 1939, S. 23 f.

2 Ebd.

Erfahrungen bei de
weiblicher Erbkrank
von 630 Fä
des Landeskrank
Homburg/S

Inaugural-Dissen
zur
Erlangung der Dokte
einer Hohen Medizinisch
der
Ruprecht-Karl-Universität
vorgelegt von
Karl Strouvel
aus Saarbrücken

U59*5124

2. Expl.

1939

Buchdruckerei Richard May

Abb. 1: Originaldeckblatt d

Zur Statistik d

Anhand der Dissertati
die 630 Frauen, die zw
Saar sterilisiert wurde

- 57 Prozent erhielten
»Schizophrenie«, 1-
- Das Alter der Opfe
Frau war jünger als
der Klinik verweilen
- Drei Frauen kamen
zwei Tage nach der
wurde, an Lungene
Operation an der B
Bauchfellentzündun
- Ferner kam es in 13
abszessen, Bronchiti

Dies alles geschah im J
der Leiter und Direkto

**Erfahrungen bei der Sterilisation
weiblicher Erbkranker auf Grund
von 630 Fällen
des Landeskrankenhauses
Homburg/Saar**

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Medizinischen Fakultät
der
Ruprecht-Karl-Universität zu Heidelberg
vorgelegt von
Karl Strouvelle
aus Saarbrücken.

U59*5121

2. Expl.

1939

Buchdruckerei Richard Mayr, Würzburg.

Abb. 1: Originaldeckblatt der Dissertation von Strouvelle

Zur Statistik der Opfer

Anhand der Dissertation von Karl Strouvelle aus dem Jahr 1939 lässt sich über die 630 Frauen, die zwischen 1935 und 1938 im Landeskrankenhaus Homburg/Saar sterilisiert wurden, folgendes sagen:

- 57 Prozent erhielten die Diagnose »angeborener Schwachsinn«, 19 Prozent »Schizophrenie«, 14 Prozent »erbliche Epilepsie«.
- Das Alter der Opfer bewegte sich zwischen 13 (!) und 45 Jahren, jede fünfte Frau war jünger als 20 Jahre. Durchschnittlich mussten die Frauen 8,7 Tage in der Klinik verweilen (nach der unter Äthernarkose durchgeführten Operation).
- Drei Frauen kamen infolge der Operation ums Leben: Eine 33-Jährige starb zwei Tage nach der Operation, bei der auch eine Abtreibung vorgenommen wurde, an Lungenentzündung. Ein 15-jähriges Mädchen wurde durch die Operation an der Blase verletzt und starb 23 Tage später an einer eitrigen Bauchfellentzündung (s. o.). Ein Todesfall ist ungeklärt.
- Ferner kam es in 13 Prozent der Fälle zu Komplikationen wie Bauchdeckenabszessen, Bronchitiden, Bronchopneumonien und Thrombosen.

Dies alles geschah im Landeskrankenhaus Homburg/Saar. Verantwortlich war der Leiter und Direktor, Prof. Dr. Oscar Orth.

Tab. 1: Prozentuale Häufigkeit der Diagnose »angeborener Schwachsinn« des GzVeN in unterschiedlichen empirischen Studien³

Autor	»angeborener Schwachsinn«	Ort/Region
Strouvelle 1939	57,1%	Homburg/Saar
Weichert 1935	70,0%	Stettin
Heffe 1936	62,0%	Greifswald
Heller 1937	53,4%	Gelsenkirchen
Krause 1937	74,6%	Kiel
Koehler 1938	81,0%	Greifswald
Stürzbecher 1974	58,2%	»reichsweit«
Schmacke/Güse 1984	47,2%	Bremen
Rothmaler 1991	54,4%	Hamburg
Daum/Deppe 1991	47,1%	Frankfurt/M.
Braß 1992	43,2%	Saarland
Hinz-Wessels 2004	68,7%	Brandenburg
Heitzer 2005	58,7%	Passau
Birk 2005	53,7%/38,4%	Kempton/Günzburg

- 3 Vgl. STROUVILLE, Erfahrungen bei der Sterilisation; Konrad WEICHERT, Erfahrungen bei der praktischen Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses für den Bereich der Stadt Stettin, Diss. med., Greifswald 1935; Ludwig HELLER, 1¼ Jahre Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in Gelsenkirchen, Diss. med., Münster 1937; Ursula KRAUSE, Erfahrungen und Ergebnisse bei 315 Sterilisationen aus eugenischer Indikation vom 4. August 1934 bis zum 1. April 1936, Diss. med., Kiel 1937; Manfred STÜRZBECHER, Der Vollzug des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 in den Jahren 1935 und 1936, in: Öffentliches Gesundheitswesen 36 (1974), S. 350–359; Norbert SCHMACKE/Hans-Georg GÜSE, Zwangssterilisiert, verleugnet, vergessen. Zur Geschichte der nationalsozialistischen Rassenhygiene am Beispiel Bremen, Bremen 1984; Christiane ROTHMALER, Sterilisationen nach dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom 14. Juli 1933. Eine Untersuchung zur Tätigkeit des Erbgesundheitsgerichtes und zur Durchführung des Gesetzes in Hamburg in der Zeit zwischen 1934 und 1944, Husum 1986; Monika DAUM/Hans-Ulrich DEPPE, Zwangssterilisation in Frankfurt am Main 1933–1945, Frankfurt a. M. 1991; Christoph BRASS, Zwangssterilisation im Saarland 1935–1945, Masterarbeit, Saarbrücken 1992; Annette HINZ-WESSELS, NS-Erbgesundheitsgerichte und Zwangssterilisation in der Provinz Brandenburg, Berlin 2004; Horst W. HEITZER, Zwangssterilisation in Passau. Die Erbgesundheitspolitik des Nationalsozialismus in Oberbayern (1933–1939), Köln u. a. 2005; Hella BIRK, Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Eine Untersuchung zum Erbgesundheitswesen im bayerischen Schwaben in der Zeit des Nationalsozialismus, Augsburg 2005.

Zur Person Oscar Orth (1876 – 1958)

Oscar Orth wurde am 15. Juni 1876 in Ensheim bei Saarbrücken geboren. Er absolvierte ein Medizinstudium in München, Berlin und Heidelberg. Sein Studium schloss er 1903 in Heidelberg mit einer Dissertation zum Thema »Zur Statistik der Carcinomen des Oberkiefers« ab. Danach arbeitete er in Ludwigshafen, an der Heidelberger Frauenklinik sowie an den Chirurgischen Universitätskliniken in Wien, Innsbruck und Halle/Saale. Seit 1922 war Orth Direktor des Landeskrankenhauses Homburg (Saarpfalz), seit 1929 mit dem Professorentitel (verliehen durch die Regierung des Saarlands). Bis 1938 waren über 100 Fachaufsätze aus dem Bereich der Chirurgie in verschiedenen medizinischen Fachzeitschriften von ihm erschienen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde am 8. März 1947 in der Landeslinik Homburg die Medizinische Fakultät der Universität des Saarlands eröffnet. Orth wurde am 31. August 1947 unter großen Ehrungen pensioniert. Er starb am 10. August 1958 im Alter von 83 Jahren.⁴

Orth publizierte in Fachzeitschriften auch zur Sterilisationspraxis, so zum Beispiel einen Aufsatz mit dem Titel »Zu der Arbeit von Hilgenfeldt: »Menschliche und technische Fragen zur gesetzlichen Sterilisierung« in diesem Zbl. 1935 Nr. 10«.⁵ Die zeitgenössischen Berichte über Sterilisationen unterscheiden sich erheblich. Einerseits gibt es Publikationen, die neben den rein medizinischen Aspekten auch humane Fragen betrachten (z. B. Otto Hilgenfeldt 1935⁶), andererseits rein technisch-chirurgische (dazu gehört Orth, der sich z. T. lobend für die Anwendung von Morphinen als positiv für die »Therapie« ausspricht) und schließlich solche, die sich politisch-ideologisch äußern (z. B. Hans Boeminghaus 1935⁷).

4 Zur Biografie von Orth vgl. Werner BRILL, Im Dienste der Eugenik. Das Schauerspiel um den Mediziner Oscar Orth, in: Saarbrücker Hefte 85 (2001), S. 12–21.

5 Oscar ORTH, Zu der Arbeit von Hilgenfeldt: »Menschliche und technische Fragen zur gesetzlichen Sterilisierung« in diesem Zbl. 1935 Nr. 10, in: Zentralblatt für die gesamte Chirurgie 62 (1935), S. 938.

6 Otto HILGENFELDT, Menschliche und technische Fragen zur gesetzlichen Sterilisierung, in: Zentralblatt für Chirurgie 62 (1935), S. 559–568.

7 H. BOEMINGHAUS, Zur Sterilisierung, in: Zentralblatt für Chirurgie 62 (1935), S. 1015–1018. Vgl. dazu auch BRILL, Im Dienste der Eugenik, und Florian Julius Martin Max MENGELE, Diskussion der männlichen Sterilisation in deutschsprachigen urologischen und chirurgischen Fachzeitschriften der Jahre 1931 bis 1947, Diss. med., Ulm 2014.

Der öffentliche Umgang mit Oscar Orth

Der öffentliche Umgang mit der Person Oscar Orth im Saarland lässt sich idealtypisch in drei Phasen beschreiben.

1. Phase: Ehrungen

In folgenden Etappen zeigt sich diese Phase der öffentlichen Ehrungen. Am 31. Oktober 1947 wurde Orth durch die Stadt Homburg die Ehrenbürgerwürde verliehen.⁸ Am 4. November 1947 gab es einen öffentlichen Empfang für Orth aus Anlass der Umbenennung der Kirrberger Straße in Oskar-Orth-Straße. 1948 wurde die frühere Spitalstraße im Saarbrücker Ortsteil Ensheim in Oskar-Orth-Straße umbenannt. Im Jahr 1957 bekam Orth das Bundesverdienstkreuz verliehen. 1980 erfolgte erstmals die Verleihung des mit 10.000 DM dotierten Oscar-Orth-Preises durch die Stadt Homburg, der seitdem alle zwei Jahre an Nachwuchsmediziner für hervorragende Leistungen verliehen wird. Auch ein Brunnen in Saarbrücken-Ensheim wurde nach Oscar Orth benannt.

2. Phase: Öffentliche Diskussion und Kritik

In der Saarbrücker Zeitung, Regionalteil Homburg im Ressort »Das Saarland und seine Nachbarn« erschien am 2. April 1993 ein Artikel mit der Überschrift »Düsteres Kapitel der Geschichte«, der Untertitel lautete: »Magisterarbeit weist Zwangssterilisationen in Homburg nach.«⁹ Erstmals wurde damit einer größeren Öffentlichkeit bekannt, dass das Homburger Landeskrankenhaus für Sterilisationen an Hunderten von Menschen zuständig gewesen war. Verfasser dieser Magisterarbeit ist der junge Historiker Christoph Braß aus Homburg. In dem Artikel hieß es sogleich, die Klinik wolle sich aber ihrer Vergangenheit stellen. »Im kommenden Semester soll im Rahmen des Ethik-Seminars eine Podiumsdiskussion mit Ärzten, Juristen und überlebenden Opfern stattfinden, bei der unter anderem auch die Rolle, die der damalige Leiter der chirurgischen Abteilung, Prof. Oscar Orth, im Zwangssterilisationsverfahren spielte, beleuchtet werden soll.«¹⁰

8 Vgl. Christoph BRASS, Zwangssterilisationen und »Euthanasie« im Saarland 1935–1945, Paderborn 2004, S. 143.

9 Düsteres Kapitel der Geschichte. Magisterarbeit weist Zwangssterilisationen in Homburg nach, in: Saarbrücker Zeitung vom 02.04.1993.

10 Ebd.

In
ger
dem
ange
burg
ange
noch
durc
Preis
sive
Gan
eben
vers
vera
dem
über
die s
D
und
zu n
Preis
viele
kriti
jetzt
gest
W
Mec
scha
Nac
Frag
unte
erkl
Vor
trag

11 V

2

12 E

13 N

14 A

15 E

Im November 1993 schrieb das Homburger Redaktionsmitglied Gerhard Berger einen Bericht mit der Überschrift »Ein Ehrenbürger gerät ins Zwielight«, in dem er über Diskussionen im Homburger Stadtrat berichtete.¹¹ Die im Frühjahr angekündigte Podiumsdiskussion sei nicht zustande gekommen, so der Homburger Oberbürgermeister Ulmcke (CDU), weil »niemand aus dem Kreis der angesprochenen Fachleute [...] bereit war, nach so langer Zeit dieses Thema nochmals aufzugreifen.« Auch im Stadtrat habe sich nichts bewegt. Erst jetzt, durch die Aufforderung der Grünen an die beiden Preisträger des Oscar-Orth-Preises, der Preisverleihung am 29. November fernzubleiben, weil Orth für massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sei, sei die Diskussion erneut in Gang gekommen. Oberbürgermeister Ulmcke sehe in den Zwangssterilisationen ebenfalls einen klaren Verstoß gegen die Menschenwürde und die körperliche Unversehrtheit, allerdings sei noch nicht geklärt, ob Orth als Klinikleiter dafür direkt verantwortlich gewesen wäre. Er habe ein von den französischen Behörden nach dem Krieg gegen ihn durchgeführtes Untersuchungsverfahren ohne Verurteilung überstanden. Ulmcke erhoffe sich durch eine Offenlegung der Personalakte durch die saarländische Regierung (Orth war Landesbediensteter) mehr Klarheit.¹²

Die Saarbrücker Zeitung kommentierte das Geschehen mit Kritik an Rat und Verwaltung. Deren Aufgabe hätte es gewesen sein müssen, sich Gedanken zu machen »ob die Bindung der Auszeichnung an diesen Namen [Oscar-Orth-Preis für die Nachwuchswissenschaftler; W. B.] nicht das Rechtsbewusstsein vieler Menschen und die Würde der damaligen Opfer verletzt.« Und es wurde kritisch gefragt: »Kann ein Mann, der wegen seiner Tätigkeit in der Nazizeit jetzt in Zwielight geraten ist, Nachwuchswissenschaftlern als Vorbild vor Augen gestellt werden?«¹³

Wenige Tage später entschlossen sich Oberbürgermeister Ulmcke und die Medizinische Fakultät zur (vorläufigen) Umbenennung des Preises in »Wissenschaftspreis der Stadt Homburg«. Ulmcke begründete das bei der Festrede für die Nachwuchsmediziner Judith Roth und Klaus Giehl mit der bislang ungeklärten Frage, ob Orth selbst Zwangssterilisationen durchgeführt hätte und »ob er dabei unter Zwang oder freiwillig gehandelt habe«.¹⁴ Die Preisträgerin Judith Roth erklärte, sie nehme den Preis mit diesem neuen Namen an. Sollten sich aber die Vorwürfe gegen Orth bestätigen und der Preis trotzdem weiter seinen Namen tragen, werde sie sich davon distanzieren.¹⁵

11 Vgl. dazu und im Weiteren: Ein Ehrenbürger gerät ins Zwielight, in: Saarbrücker Zeitung vom 26.11.1993.

12 Ebd.

13 Name um jeden Preis?, in: Saarbrücker Zeitung vom 26.11.1993.

14 Auszeichnung geteilt und umbenannt, in: Saarbrücker Zeitung vom 01.12.1993.

15 Ebd.

Ausführlicher ging die Universitätszeitung »Unser Klinikum heute« auf die Stellungnahme von Oberbürgermeister Ulmcke ein, der bei der Preisverleihung erklärte, »die unbestrittenen Verdienste von Oscar Orth könnten ihn nicht entlasten, wenn er persönlich vorwerfbare Schuld auf sich geladen habe. Die Zwangssterilisation werde heute als ein schweres Unrecht empfunden, das eine gravierende Verletzung der Menschenwürde und des Rechtes auf körperliche Unversehrtheit darstelle. Diese Einschätzung sei vor unserer Zeit leider kein Allgemeingut gewesen. Um die Jahrhundertwende seien in Deutschland, Europa und Amerika Zwangssterilisationen propagiert und in manchen Ländern danach durchgeführt worden. Die Nationalsozialisten hätten dann ein perfides Gesetz mit einem scheinlegalen Verfahren geschaffen, das auch zur Bestrafung politisch Missliebiger benützt wurde. Unverständlicherweise hätten noch nicht einmal die Siegermächte das ›Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses‹ zum typischen Unrechtsgesetz erklärt. Wenn man der Rolle Oscar Orths und seiner Mitarbeiter bei den Zwangssterilisationen gerecht werden wolle, müsse man das Ausmaß persönlicher Schuld in den Zwangsmechanismen eines Terrorstaates untersuchen. Ob und wie sich der Leiter und die Mitarbeiter des (staatlichen) Landeskrankenhauses der Vollstreckung der Urteile des Erbgesundheitsgerichtes Saarbrücken entziehen konnten, bedürfe dabei besonderer Klärung. Immerhin gebe es die Zeugenaussage eines Homburger Bürgers, daß Oscar Orth und seine Mitarbeiter versucht hätten, durch Gegengutachten Zwangssterilisationen zu verhindern.«¹⁶

In einer Erklärung der saarländischen Landesregierung vom 3. März 1994 an den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur des saarländischen Landtags heißt es, dass »aus Operationsbüchern der chirurgischen Abteilung des ehemaligen LKH hervorgehe, daß Prof. Orth auch persönlich Sterilisationsoperationen vorgenommen habe und daß die Personalakte von Orth unauffindbar sei«.¹⁷

Schließlich kam es 1997 zur Rückbenennung der Oskar-Orth-Straße, die in Homburg zur Klinik führt, in Kirrberger Straße.

3. Phase: Neudiskussionen, Kehrtwende und Umbenennungen

Am 13. Oktober 2000 wurde mit einem Artikel der Saarbrücker Zeitung unter Verweis auf die Existenz einer Oscar-Orth-Straße im Saarbrücker Ortsteil Ensheim und einen Brunnen gleichen Namens die Debatte um Orth erneut aufge-

¹⁶ Unser Klinikum heute 1 (1993), H. 2, S. 16.

¹⁷ BRASS, Zwangssterilisationen und »Euthanasie«, S. 143, Fußnote 442.

griffen Der Artikel löste verschiedene Reaktionen aus. Oberbürgermeister Hajo Hoffman (SPD) verlangte eine Untersuchung zur Klärung von Orths Vergangenheit, die Grünen forderten eine Umbenennung.¹⁸ Eine für Dezember 2000 anberaumte Sitzung des Ensheimer Ortsrats wurde auf März 2001 verschoben.

Inzwischen hatte der Pressesprecher der Stadt Unterlagen über Orth an die CDU-Bezirksbürgermeisterin Anette Hübinger weitergeleitet. Diese erklärte Ende Januar 2001, die Bürger von Ensheim wollten die Beibehaltung des Namens. Angesichts der Verdienste Orths wäre seine NS-Vergangenheit nur »eine winzige Facette« seines Lebens. Man müsse »den Menschen aus seiner Zeit heraus beurteilen, nicht aus heutiger Sicht«.¹⁹ Daraufhin forderte die SPD den Rücktritt der Bürgermeisterin, die Grünen schlossen sich mit Kritik an.

In der Sitzung des Bezirksrats vom 7. März 2001 wurde beschlossen, die Straße nicht umzubenennen, was die Saarbrücker Zeitung mit dem Hinweis auf einen gegenteiligen Beschluss des CDU-Stadtrats so kommentierte: »Bemerkenswert, welches Verständnis Tätern entgegengebracht wird. Und welch armselige Rolle die zwangssterilisierten Opfer spielen.«²⁰ Die Reaktionen des politischen Gegners (SPD, Grüne) fielen entsprechend scharf aus.

Durch Leserbriefe und öffentliche Diskussionen fanden die Positionen der Gegner einer Umbenennung weitere Unterstützung. Die Argumente lauteten meist wie folgt:

- Oscar Orth habe nur formal nach dem Gesetz gehandelt.
- Es habe keine wirklichen Handlungsalternativen gegeben.
- Man dürfe seine Verdienste für die Öffentlichkeit nicht nur an der NS-Zeit messen.
- Orth habe sich um einen humanen Umgang mit den Patienten bemüht.
- Es gelte prinzipiell die Unschuldsumutung (so z. B. die Ärztin Else Müller, Jg. 1913, die ab 1939 als Ärztin an der Chirurgischen Abteilung gearbeitet hatte).²¹
- Die Meinung der Bevölkerung sei Demokratie – und nicht die Meinung einiger Politiker.

Schließlich kam es (nach parteiinternen kontroversen Debatten in der CDU) im Jahr 2001 zur Umbenennung der Oskar-Orth-Straße in Ensheim in Alte Spitalstraße.²²

18 Oberbürgermeister Hajo Hoffmann drängt darauf, dem Nazi-Arzt Orth nicht länger die Ehre zu erweisen, in: Saarbrücker Zeitung vom 20.11.2000.

19 Nur eine winzige Facette seines Lebens, in: Saarbrücker Zeitung vom 27./28.01.2001.

20 Zu viel Verständnis für die Täter, in: Saarbrücker Zeitung vom 09.03.2001.

21 Steter Einsatz für die Patienten (Leserbrief von Else Müller), in: Saarbrücker Zeitung vom 04.12.1993.

22 Vgl. z. B. Gisela TASCHER, Staat, Macht und ärztliche Berufsausübung 1920–1956. Gesundheitswesen und Politik. Das Beispiel Saarland, Paderborn u. a. 2010.

Ein krimineller Vertuschungsversuch

Im Rahmen meiner eigenen Recherchen zum Thema – die Dissertation von Strouvelle war mir seit den 1980er Jahren bekannt – besuchte ich am 18. Mai 2001 die Universitäts-Bibliothek in Homburg, um mir die Inhalte der Signatur G 690 (Orth, Oskar: Sonderdrucke 1914–1952) anzusehen. Sonderdrucke werden gesondert aufbewahrt, weswegen mich die Mitarbeiterin in einen kleinen Raum brachte. Dort musste sie feststellen, dass die Sonderdrucke nicht vorhanden waren.

Die Vermutung, sie wären ausgeliehen, konnte nicht bestätigt werden. Auch die elektronische Recherche führte zu keinem Ergebnis, weder unter dem Stichwort »Orth« noch unter der Signatur G 690. Allerdings existierte noch die Karteikarte mit dieser Signatur. Und: Einen Tag später ließ sich in dem übergeordneten Gesamtkatalog der Saarbrücker Universitäts-Bibliothek (dem sogenannten Zettelkasten) nichts mehr zu Orth finden.

Es drängte sich massiv der Verdacht auf, dass hier Unterlagen bzw. Archivalien gezielt entfernt worden waren, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen müssten. Es bestand also dringender Klärungs- und Handlungsbedarf. Der Redakteur der Saarbrücker Zeitung, Dieter Gräbner, dem ich die Dissertation von Strouvelle hatte zukommen lassen, ergriff die Initiative.

Am 27. Juni 2001 fragte Gräbner inkognito direkt in Homburg nach den Orthschen Drucken. Er erfuhr, dass auch die genannte Karteikarte inzwischen verschwunden war. Er monierte dies später telefonisch, nun als SbZ-Redakteur, und drohte mit Strafanzeige etc. Einen Tag später bekam er einen Anruf aus der Homburger Bibliothek: Sowohl die Sonderdrucke als auch die Karteikarte wären wieder aufgetaucht.

Das journalistische Engagement Gräbners hatte also Wirkung gezeigt.²³ Gleichzeitig aber wird deutlich, wie groß noch die Möglichkeiten der Einflussnahme von Seilschaften oder anderen Überzeugungstätern sind, dass sogar in öffentlich gesicherte Archive Eingriffe vorgenommen werden können.

Fazit

Das regionale Beispiel zum öffentlichen Umgang mit NS-Tätern zeigt mehrerlei auf. Es sollte eigentlich so viele Jahrzehnte nach dem Ende der NS-Diktatur als selbstverständlich gelten, die Namen öffentlicher Straßen, Plätze oder Schulen nicht mehr mit ehemaligen Tätern dieser Jahre zu versehen bzw. sich davon zu distanzieren. Die Realität sieht in vielen deutschen Städten anders aus. Eine

²³ Vgl. z. B. Dieter GRÄBNER, Die Spur Nummer G 690, in: Saarbrücker Zeitung vom 10.08.2001.

systeme
noch
In
kritis
aufg
müss
Gl
liebe
von 1
Anh
nelle
durcl
Ol
in die
ein E
form
die fi
Nach

Nach

Noch
lung
umbe
gespr
Osca
1939
und 1
treter
sich c
In
gten
jeglic
Erster
man c

24 htt
nev
[04

systematische Untersuchung zum Umgang mit NS-»Euthanasie«-Tätern steht noch aus.

In diesem Fall kam es durch den Einsatz von engagierten Journalisten, eine kritische Öffentlichkeit und eine spezifische parteipolitische Konstellation zu der aufgezeigten Entwicklung. Diese hätte jedoch keineswegs zwingend so verlaufen müssen.

Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass die ortsansässige Bevölkerung lieber an alten Namenstraditionen festhält und anderslautende Entscheidungen von regionalen Politikern nicht goutiert. Erstaunen muss fernerhin, dass es noch Anhänger und Seilschaften in den Verwaltungen gibt, die auch vor fast kriminellen Machenschaften nicht zurückschrecken. Ob dies ein Einzelfall ist, wäre durch weitere regionale Forschung zu untersuchen.

Ob die reine Umbenennung einer Straße immer die beste Alternative ist, wurde in dieser Debatte nicht hinterfragt. Ein Beispiel für einen anderen Umgang zeigt ein DDR-Denkmal am Berliner Dom. Statt der Umbenennung der Skulptur informiert dort eine Plexiglastafel über die Geschichte der Nomenklatur, so dass die frühere Beschriftung noch sichtbar bleibt. Hierzu passt auch der folgende Nachtrag.

Nachtrag

Noch im Jahr 2012 wurde die Debatte um Oscar Orth im Zuge der Entwicklung eines Premiumwanderwegs erneut entfacht. Der Oscar-Orth-Brunnen sollte umbenannt werden, dafür hatte sich die Saarbrücker SPD-Stadtratsfraktion ausgesprochen. »Es ist ohnehin höchste Zeit, dass wir den Brunnen umbenennen. Oscar Orth trug als Leiter des Homburger Landeskrankenhauses von 1935 bis 1939 die Verantwortung für mehr als 1.000 Zwangssterilisationen an Frauen und Männern und hat diese auch teilweise selbst ausgeführt«,²⁴ so der stellvertretende SPD-Fraktionschef Günther Karcher. Über einen neuen Namen müsse sich der Bezirksrat Halberg verständigen.

In einer Mitteilung des Baudezernats vom Februar 2012 hieß es, alle beteiligten Gremien hätten sich dafür ausgesprochen, entweder den Premiumweg ohne jeglichen Hinweis am Brunnen vorbeizuführen oder den Brunnen umzubenenen. Ersteres käme aus »wanderfachlichen« Gründen nicht in Frage, deshalb müsste man einen neuen Namen für den Brunnen finden. Dieser wäre mit neuer Stein-

24 [http://spd-saarbruecken.de/index.php?id=631&tx_ttnews\[pointer\]=28&tx_ttnews\[tt_news\]=2470&tx_ttnews\[backPid\]=166&cHash=6d8d5c7d03488a99b306e966e2ae662a](http://spd-saarbruecken.de/index.php?id=631&tx_ttnews[pointer]=28&tx_ttnews[tt_news]=2470&tx_ttnews[backPid]=166&cHash=6d8d5c7d03488a99b306e966e2ae662a) [04.06.2015].

tafel zu versehen, außerdem wollte man ein Informationstäfelchen anbringen, aus dem die »wechselvolle Geschichte« des Brunnens hervorginge.²⁵



Abb. 2: Oscar-Orth-Brunnen in Saarbrücken/Ensheim, Stadt Saarbrücken